



KOLPINGWERK LANDESVERBAND NRW e. V.
POSITIONEN ZUR LANDTAGSWAHL 2017



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolping-Freunde,

„Das erste, das der Mensch im Leben vorfindet, das letzte, wonach er die Hand ausstreckt, das kostbarste, was er im Leben besitzt, ist die Familie“, sagte Adolph Kolping. Das funktionierende Familienleben war für ihn der Grundpfeiler einer stabilen Gesellschaft. Es wundert daher nicht, dass das Thema Familie seit jeher ein Schwerpunkt des verbandlichen Handelns im Kolpingwerk ist. Die Familienkreise der Kolpingsfamilien, die Angebote zur Familienerholung in den Ferienstätten oder die professionelle Familienbildung der Kolping-Bildungswerke in NRW drücken die Vielfalt und die Bedeutung der Familienarbeit im Kolpingwerk aus. Ähnlich ist es mit dem Thema Bildung: die Bildung der notleidenden Gesellen war ein weiteres Herzensanliegen Kolpings. Bildung ging dabei für ihn über die reine Wissensvermittlung hinaus und war ohne konsequente Werteorientierung nicht denkbar. Die Aus- und

Weiterbildungsangebote der Kolping-Bildungswerke in NRW stehen in dieser Tradition: wenn junge Menschen z.B. in einer Maßnahme der beruflichen Bildung auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden, geschieht dies ganzheitlich. Der Mensch steht ganz im Sinne der katholischen Soziallehre immer im Mittelpunkt.

Bildung und Familie: Das Kolpingwerk in NRW als Zusammenschluss der Kolping Diözesanverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn mit 100.000 Mitgliedern und den dazugehörigen Kolping-Bildungswerken hat zu diesen Themen Positionen und Forderungen erarbeitet. Als katholischer Sozialverband möchten wir uns in diesen gesellschaftspolitischen Kernfragen in die öffentliche Debatte einbringen. Die Landtagswahl 2017 in NRW ist diesbezüglich ein besonderer Anlass. Auch hier werden Familien- und Bildungspolitik eine entscheidende Rolle spielen. Das vorliegende Positions-

papier bringt unsere Forderungen gegenüber der Landespolitik zum Ausdruck und soll den Kolpingsfamilien darüber hinaus zugleich als eine Orientierung in den Diskussionen mit den Kandidaten der Parteien vor Ort dienen.

Die Kolpingsfamilien, Bezirks- und Kreisverbände sind gefordert, diese Anliegen und Forderungen mit den Bewerberinnen und Bewerbern um ein Mandat im Landtag in NRW zu diskutieren und die Positionen nachdrücklich einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen und einem festen TREU KOLPING!

*Karl Schiewerling MdB
Landesvorsitzender*

POSITIONEN FAMILIE



IM GRUNDSATZ: UNSER VERSTÄNDNIS ZUR FAMILIENPOLITIK





© Rido - Fotolia.com

Adolph Kolping sagte seinerzeit treffend, dass das Schicksal der Familie über kurz oder lang das Schicksal des Landes sei. Familien leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Auch die Landesverfassung Nordrhein-Westfalens erkennt Ehe und Familie als Grundlage der menschlichen Gesellschaft an und stellt beide unter den besonderen Schutz des Landes (Art. 5 Abs. 1). Das Kolpingwerk in NRW sieht, dass es eine Vielfalt des familiären Zusammenlebens gibt und grundsätzlich alle Formen der Achtung und des Schutzes bedürfen. Familien sind heute immer größeren Herausforderungen ausgesetzt. So setzt sich das Kolpingwerk in NRW seit Jahren deutlich gegen die zunehmende Ökonomisierung der Familienpolitik ein. Mütter und Väter sind in ihren Rollen in und für die Familie zu stärken und zu unterstützen – durch Politik und Wirtschaft. Die Reduzierung von Eltern auf ihre Einsatzfähigkeit im Wirtschaftsleben geht sowohl an der Lebenswirklichkeit, aber auch an den Wünschen und Bedürfnissen von Familien vorbei. Diese müssen Priorität haben.

Die Erziehung, Bildung und Betreuung der Kinder muss den Eltern so ermöglicht werden, so dass sie ihre Elternschaft gestalten können. Denn Familien- und Erwerbsarbeit werden auch von der Verfassung in NRW als gleichwertig anerkannt (Art. 5 Abs. 2).

Ehe und Partnerschaften als Grundlage für Familie

Das Kolpingwerk in NRW sieht in verlässlichen und verbindlichen Partnerschaften die besten Voraussetzungen für ein gelingendes Familienleben. Aus gutem Grund stellt Artikel 6 des Grundgesetzes die Ehe unter einen besonderen Schutz. So leben auch heute noch über 73% aller Kinder in NRW bei ihren leiblichen verheirateten Eltern. Wie die hohe Zahl an Ehescheidungen und die starke Zunahme an Alleinerziehende zeigt, sind Ehen und Partnerschaften jedoch vielfältigen Herausforderungen ausgesetzt. Deswegen fordern wir, dass die Landesregierung im Rahmen ihrer Kompetenzen und mit ihren Möglichkeiten auf Landes- und Bundesebene alles dafür einsetzt, dass

die Stabilität von Partnerschaften unterstützt wird:

- Die Ehe- und Familienberatungsstellen müssen stärker durch das Land unterstützt werden. Sie sind ein wesentlicher Baustein für eine präventive Familienpolitik, die hilft, Scheidungs- und alle damit verbundenen Folgewirkungen und –kosten zu vermeiden. Obwohl die Beratungsbedarfe in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind, wurde der vom Land geförderte Stellenplan eingefroren. Der gedeckelte Förderbetrag bedeutet reale Einbußen für die Träger, da Tarifsteigerungen seit Jahren nicht berücksichtigt wurden. Angesichts der hohen Bedeutung eines präventiven Politikansatzes, ist der Landesanteil von zurzeit maximal 25% massiv zu erhöhen.
- Wir fordern die Landesregierung auf, sich für den Erhalt des Ehegattensplittings einzusetzen. Denn das Ehegattensplitting gewährleistet die sachgerechte und verfassungskonforme Besteuerung der Erwerbs-, Wirtschafts- und Verbrauchsgemeinschaft Ehe.
- Damit die Eltern eine echte Option zur optimalen Aufteilung der Aufgaben in einer Familie haben, benötigen sie familienbewusste Arbeits- und Ausbildungs- bzw. Studienbedingungen.

Eltern als Lebens- und Lernbegleiter

Die Eltern sind die ersten Erzieher und Lehrer ihrer Kinder. Von Geburt an vermitteln sie Kompetenzen, Werte und Wissen. Erziehung und Betreuung gehen ganz selbstverständlich und oft unbewusst einher mit der Bildung der Kinder. Die Anforderungen an Mütter und Väter werden jedoch immer komplexer. Insbesondere Schulen setzen zunehmend auf die Einbindung der Eltern - etwa bei der

Übernahme von Aufgaben in der Schule oder der Bewältigung der Hausaufgaben. Gleichzeitig setzt der immerwährende Wunsch, die Kinder mit ihren Interessen und Talenten optimal zu fördern, die Eltern unter einen zunehmenden Druck. Viele Eltern sind diesen Anforderungen nicht gewachsen. Die soziokulturelle Herkunft spielt dabei eine entscheidende Rolle. Kinder aus Elternhäusern in sozioökonomisch prekären Lagen drohen zu Bildungsverlierern zu werden. Da Eltern die entscheidende Rolle für den Bildungserfolg der Kinder haben, müssen präventive Ansätze zunächst die Eltern in den Mittelpunkt stellen. Deshalb fordern wir, dass Angebote der Familienbildung sich nicht nur den Bedürfnissen der Eltern anpassen, sondern dass sich auch die Form der Ansprache den Anforderungen an das heutige Familienleben und an die unterschiedlichen Lebenssituationen anpassen muss:

- Die durch das Land für Familienbildung zur Verfügung gestellten Mittel müssen abgesichert und so flexibilisiert werden, das Kursangebote nicht nur im ¼ Stundentakt in klassischen Seminarräumen angeboten werden müssen, sondern darüber hinaus auch neue Formen erprobt werden können.
- Für innovative Formate der Familienbildung stehen im Haushalt des Landes NRW lediglich 146.200 Euro zur Verfügung. Dieser Posten ist stark zu erhöhen, damit Innovationen getestet werden können, die insbesondere die Ansprache von besonders gefährdeten Familien erproben können.
- Kindergärten und Schulen müssen noch stärker darauf vorbereitet werden, Eltern niedrigschwellige Familienbildungsangebote zu unterbreiten. So ist das Konzept des Familienzentrums

in den Kindergärten landesweit stärker auszubauen und die ersten Ausweitung auf die Grundschule durch die Landesregierung zu unterstützen.

- Lehrerinnen, Lehrer und Sozialpädagogen an Schulen müssen darauf vorbereitet werden, Eltern richtig ansprechen und für eine Erziehungspartnerschaft motivieren zu können.

Bildungseinrichtungen und ihr Auftrag

Neben den Eltern haben Kindergärten und Schulen die Aufgabe, Bildung zu vermitteln und die Kinder und Jugendlichen auf das Leben vorzubereiten. Inklusion, der Zuzug von neuen Migrant*innen, neue Lehr- und Lernmethoden, das Abfedern von mangelnden sozialen Kompetenzen und vieles mehr, stellt alle Pädagogen vor enorme Herausforderungen. An vielen Stellen werden sie diesen gerecht und tun viel dafür, dass Integration gelingt und Bildungsgerechtigkeit hergestellt wird. An vielen Stellen gelingt dies jedoch nicht. Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, Bildung zum zentralen Thema der Politik zu machen:

- Nach dem jahrelangen massiven Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, der maßgeblich auf eine Erhöhung der Quantität ausgerichtet war, ist endlich auch in den qualitativen Ausbau zu investieren. So ist insbesondere dafür zu sorgen, dass multiprofessionelle Teams nicht nur auf dem Stellenplan existieren, sondern diese Stellen auch ganztätig besetzt werden, damit sie für eine optimale Betreuung und Erziehung unserer Kleinsten zur Verfügung stehen.
- Die Schulen sind bei der Inklusion von Kindern mit Beeinträchtigungen, besonderen Förderbedarfen und mit Fluchterfahrungen mit qualifizierten

Lehrerinnen und Lehrern sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zu unterstützen.

- Der qualitative Ausbau der Ganztagsangebote an Grund- und weiterführenden Schulen ist zu unterstützen.
- Dem hohen Ausfall von Unterrichtsstunden ist entgegenzuwirken.

Wohnen und Leben

Bezahlbares Wohnen ist eine existenzielle Grundvoraussetzung insbesondere für Familien. Gerade in Ballungsgebieten, die eine hohe Anziehungskraft für Familien haben, wird Wohnraum zunehmend unbezahlbarer. Das Schaffen von Wohnraum für Familien ist damit eine wichtige Investition. Dieses gilt auch für strukturschwache und vom demografischen Wandel gezeichnete Regionen. Umso wichtiger ist es, Wohnen für Familien vor Ort attraktiv zu machen.

- Insbesondere für kinderreiche Familien sollten sowohl im Sozialwohnungsbau als auch in der Eigentumsförderung spezielle Landesprogramme aufgelegt werden.
- Auf Bundesebene soll sich das Land für Konzepte einsetzen, die Familien dabei unterstützt, Bauwünsche realisieren zu können.
- Quartierskonzepte, die die Belange von Familien und den Zusammenhalt der Generationen fördern, sollten mit weiteren Maßnahmen durch das Land unterstützt werden.

Familien als Leistungsträger

Jedes Kind ist von Gott gewollt und eine Bereicherung für Eltern, Verwandtschaft, Freunde und nicht zuletzt für die Gesellschaft. Gleichzeitig investieren Eltern viel Geld, um die Erziehung und (Aus-) Bildung der Kinder zu fördern.

Der Lebensunterhalt, Wohnen, Bildung, Freizeitgestaltung – das alles kostet Geld. Alleinerziehende spüren das insbesondere, da nicht nur ein Einkommen das Auskommen sichern muss, sondern auch alle Aufgaben auf einem Schulterpaar ruhen. Familien mit mehreren Kindern spüren die finanziellen Belastungen ebenfalls besonders stark. Deswegen regen wir an, über die Einführung eines Landeserziehungsgeldes nachzudenken, dass auf die Bedarfe von Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien besondere Rücksicht nimmt. Gleichzeitig gilt, dass Familien durch ihre Nachkommen die Zukunft unseres Landes sichern. Spürbar wird dieses in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Deswegen fordern wir:

- Die Landesregierung muss sich für eine fortwährende Anpassung der Kinderfreibeträge an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten einsetzen.
- Das Kindergeld ist auf die maximale Wirkung der Steuerfreibeträge anzuheben.
- Das Land soll sich dafür einsetzen, dass endlich die Kindererziehungszeiten in allen Sozialversicherungen adäquat anerkannt werden. Der fortwährende vom Bundesverfassungsgericht mehrfach angemahnte Verfassungsbruch ist nicht länger hinzunehmen. Das Land soll im Bundesrat initiativ werden.

Zusammenhalt der Generationen

Der demografische Wandel wird unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren fundamental verändern. Konkret heißt das, dass bei niedrigen Geburtenzahlen die Menschen gleichzeitig immer älter werden und die Zahl der Menschen zunimmt, die ihre familiären Wurzeln nicht in Deutschland haben. Das Thema der Generationengerechtigkeit wird zum

Gradmesser für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Im familiären Rahmen wird die Solidarität zwischen den Generationen gelebt. In einer älter werdenden Gesellschaft besteht zunehmend die Notwendigkeit, pflegebedürftige Familienangehörige zu unterstützen. Auch dieses wird in vielen Familien bereits heute ganz selbstverständlich praktiziert.

- Die Landesregierung wird aufgefordert, den demografischen Wandel wieder als zentrale Aufgabe der Regierungsverantwortung sichtbar zu machen und mit entsprechenden Kompetenzen auszustatten.
- Das Land soll innovative Pflegekonzepte, altersgerechtes Wohnen und entsprechende Ansätze in der Quartiersentwicklung unterstützen.
- Alle Maßnahmen auf Landesebene sind einer Generationenverträglichkeitsprüfung zu unterziehen.
- Generationengerechtigkeit bedeutet einen verantwortungsvollen Umgang mit den finanziellen Ressourcen des Landes. Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Haushalt aufzulegen, der die Verschuldung zurückführt.

POSITIONEN BILDUNG



IM GRUNDSATZ: UNSER BILDUNGSVERSTÄNDNIS



„Man kann ungeheuer viel wissen und ein grundschlechtes Möbel im Haushalt Gottes sein“

Adolph Kolping, in: Was ist Bildung?

Bildung ist mehr als die Vermittlung von Wissen. Bildung bedeutet in der Sprache Adolph Kolpings das fortdauernde „Gestalten“, „Formen“ und „Ausprägen“ des Menschen. Sie ist als ein lebenslanger, nie abgeschlossener Prozess zu verstehen, der neben kognitiven auch emotionale, soziale, moralische und handlungspraktische Komponenten beinhaltet. Darauf fußt auch das Bildungsverständnis des Kolpingwerkes in NRW: Wir verstehen Bildung auf personaler Ebene als einen individuellen Vorgang, der den einzelnen Menschen dazu befähigt, aktiv und selbstbestimmt am gesellschaftlichen, politischen und beruflichen Leben teilzunehmen.

Neben der individuellen Komponente kommt jedoch auch eine globale hinzu: Bildung ist zweifelsohne ein zentraler Faktor für den volkswirtschaftlichen Erfolg eines Landes. Frühkindliche Bildung, Schulbildung, später auch Qualifizierung und berufliche Ausbildungs- und Weiterbildung als Prozess des Lebenslangens Lernens sind zentrale Faktoren, um die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes im weltweiten Marktgeschehen zu sichern. Das Kolpingwerk in NRW setzt sich für ein Bildungsverständnis ein, das beide Ebenen fest im Blick behält. Unsere bildungspolitischen Forderungen bauen auf unserem Grundverständnis von Bildung auf und richten sich an die politischen Entscheidungsträger in NRW.

1. Bildung ist nicht nur formale Bildung! Bildungsinstitutionen müssen sich öffnen!

Das Kolpingwerk in NRW fordert eine fundamentale Stärkung der non-formalen Bildung! Die Aneignung und Vermittlung von Wissen geschieht nicht nur im Klassen- und Seminarraum, sondern auch in der Freizeit, im Sportverein, in der Peer-Group und insbesondere im Ehrenamt. Durch die Bildungsstrukturreformen des letzten Jahrzehnts – hier sind primär „G 8“ und der Bologna-Prozess

(Universitätsreform) zu nennen – sind die zeitlichen Ressourcen der jungen Menschen zur Ausübung eines Ehrenamts zurückgegangen. Darunter leiden nicht nur Non-Profit-Organisationen und Verbände, sondern letztlich alle Akteure unserer Gesellschaft! Non-formales Lernen muss darum gleichberechtigt in der gesamten Bildungsbiographie parallel zum institutionalisierten Lernen verlaufen. Wir fordern die Landesregierung auf, die Voraussetzungen dafür weiter zu verbessern:

- Lehrpläne müssen entschlackt, Freiräume geschaffen werden! Die Institutionen entlang der Bildungskette, allen voran die Schule, müssen den Lernerfolg, der durch zivilgesellschaftliches Engagement entsteht, zulassen und fördern. Wir fordern deshalb, dass die Schule bzw. der Schulträger die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 hat und somit die Eltern gemeinsam mit den Kindern zwischen den Angeboten entscheiden können.
- In diesem Kontext muss zudem eine bessere Vernetzung mit den Jugendverbänden gewährleistet werden. Beide Akteure – Schule und Verbände – profitieren wechselseitig von den sich aus der Kooperation ergebenden Synergieeffekten: eine effektivere und abwechslungsreichere Gestaltung des Ganztages geht beispielsweise mit der Stärkung der offenen Jugend- und Verbandarbeit vor Ort einher.
- Das Bildungssystem muss bis zum Berufseintritt die Lebenswirklichkeit der jungen Menschen besser im Auge behalten. Es muss mehr praxisbezogenen Projektunterricht mit außerschulischen Partnern, z.B. der Wirtschaft, geben.
- Alle Bildungsreformen der letzten Jahre setzten auf eine stärkere „Messbarkeit“ von Bildung entlang der Lernbiographie. Zur Einordnung von Quali-

fikationen und Kompetenzen wurde der Deutsche Qualifikationsrahmen („DQR“) geschaffen. Auch hier gilt, dass das durch ein Ehrenamt erworbene Wissen auf diese Matrix anrechenbar sein muss. Hier fordern wir insbesondere auch die Berücksichtigung der freiwilligen politischen und sozialen Arbeit.

- Das Lernen im Erwachsenenalter muss flexibilisiert werden. Hier bietet die Digitalisierung eine große Chance, da im Sinne des Blended Learning Seminarpräsenzzeiten mit selbstorganisierten Lernphasen sinnvoll kombiniert werden können. In diesem Kontext fordern wir, dass das Weiterbildungsgesetz in NRW erweitert wird und die zeit- und ortsflexiblen Selbstlernphasen stärkere Berücksichtigung finden.

2. Bildung vor dem Hintergrund besonderer Herausforderungen: Digitalisierung

Die Digitalisierung unserer Lebens- und Arbeitswelt schreitet unaufhaltsam voran. Durch die digitale Entwicklung wandelt sich die Bildung – mit ihren Institutionen – tiefgreifend. Vor uns liegt ein großer Strukturwandel der Bildungslandschaft, der gestaltet werden muss. Das Kolpingwerk in NRW begrüßt die Landesinitiative „NRW 4.0 – Lernen im Digitalen Wandel“, durch die ein Dialogprozess gestartet und an dessen Ende ein „Leitbild für das Lernen im Digitalen Wandel“ entlang der gesamten Bildungskette vorgelegt worden ist. Auf dem Weg in die digitale Gesellschaft müssen aber nicht nur die Bildungseinrichtungen, sondern alle Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden! Eine neue soziale Spaltung durch das Zurücklassen bislang noch medienferner Gesellschaftsgruppen darf nicht in Kauf genommen werden!

Damit Digitalisierung im Sinne des Menschen gelingt! Unsere Forderungen:

- Ohne Teilnahme am digitalen Leben ist gesellschaftliche Teilhabe kaum mehr möglich. Ein hohes Maß an Medienkompetenz wird immer wichtiger. Die Landesregierung muss sicherstellen, dass diese Kompetenz entlang der Bildungsbiographie (Kita, Schule, Ausbildung, Studium, Beruf) für jeden Menschen sichergestellt wird.
- Dies wiederum erfordert die konsequente Weiterqualifizierung des pädagogischen Personals. Erzieher, Lehrer, Dozenten und wissenschaftliches Personal müssen sowohl methodisch-didaktisch als auch inhaltlich auf diese Herausforderung vorbereitet sein.
- Die sichere Handhabung neuer Medien wird eine zentrale Kulturtechnik der Zukunft! Investitionen im Bereich des digitalen Lernens dürfen nicht nur für Zielgruppen getätigt werden, die durch die Umsetzung ihrer Kenntnisse in die Praxis einen unmittelbaren Return-of-Investment versprechen. Ältere Menschen in der nacherwerblichen Phase sind hier ebenfalls einzu beziehen. Obwohl die über 60jährigen bald die größte Bevölkerungsgruppe darstellen, liegen sie bei der Nutzung digitaler Medien prozentual gesehen zurück. Darum fordert das Kolpingwerk in NRW eine breitere Förderung dieser Zielgruppe!
- Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung wird die Allgemeinbildung jedes Einzelnen wichtiger denn je: Urteilskompetenz, die Selektionsfähigkeit von Informationen und deren sichere Einbindung in einen bestehenden Wissenskontext gewinnen mehr und mehr an Bedeutung. Digitale Medien sind daher als Ergänzungsmedien zu betrachten, die das konventionelle Lernen nicht unbedacht 1:1 ersetzen können. Bei der Planung aller staatlichen Reformanstrengungen ist das zu berücksichtigen.

3. Bildung vor dem Hintergrund besonderer Herausforderungen: Flüchtlinge

2015 sind 850.000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Sie sind vor Terror, Verfolgung, Unterdrückung und Hunger geflohen und suchen bei uns Zuflucht. Für diejenigen mit dauerhafter Bleibeperspektive müssen bedarfsgerechte Bildungsangebote geschaffen werden, insbesondere im Bereich der

Sprache. In passgenauen Bildungsangeboten sieht das Kolpingwerk in NRW den zentralen Schlüssel zur Integration der Flüchtlinge in unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Die Kolping-Bildungswerke in NRW sind aufgrund ihrer fachlichen und geographischen Infrastruktur bestens auf die Begleitung von Flüchtlingen vorbereitet. Wir sind fest davon überzeugt, dass Integration die Parameter Spracherwerb und Vermittlung in Arbeit voraussetzt! Darum fordern wir von der Landesregierung die bestmögliche Unterstützung bei der Umsetzung unseres 5-Punkte-Integrationsplans!

Damit Integration durch Bildung gelingt! Unsere Forderungen:

- Sprache: Nach Erstunterbringung und psychosozialer Betreuung sind Angebote zum Spracherwerb für die zu uns geflüchteten Menschen erste und wichtigste Integrationsvoraussetzung. Die Landesregierung muss sicherstellen, dass es neben den Integrationssprachkursen aus Bundes- und ESF-Mitteln genügend weitere qualitativ hochwertige Sprachangebote mit regionalem Bezug gibt, sodass alle Flüchtlinge schnell versorgt werden können.
- Kulturelle Bildung: Sprache alleine reicht nicht! Das Leben in einer kulturell anders geprägten Gesellschaft bringt besonders zu Beginn große Herausforderungen mit sich, die ohne Hilfestellungen für alle Beteiligten zur Überforderung werden können. Darum muss der Anteil an kultureller und politischer Bildung in den Sprachkursen deutlich erhöht werden.
- Kompetenzen feststellen: Die Kompetenz- und Potentialanalysen müssen konsequent für Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter umgesetzt werden. Da sie häufig keine Nachweise über die im Heimatland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüsse vorlegen können, ist die Ermittlung von praktischen Fähigkeiten unerlässlich. Bei diagnostizierten Defiziten müssen ausreichend lange Anpassungsqualifizierungen durch die Träger der beruflichen Bildung durchgeführt werden. Die Politik ist hier in der Pflicht, schnell die entsprechenden Finanzmittel bereitzustellen.
- Netzwerke nutzen, auf Erfahrung setzen, Vermittlung beschleunigen: Die

Kolping-Bildungswerke sind regional hervorragend vernetzt und verfügen über jahrzehntelange Erfahrung in der Vermittlung und Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt. Das Kolpingwerk in NRW schlägt daher vor, persönliche Betreuer als Coaches für die Flüchtlinge zu installieren, welche den Ausbildungs- und Erwerbsarbeitsstart begleiten. Neben dem Hauptamt ist hier zugleich auch das Ehrenamt gefragt! Viele Kolpingsfamilien haben sich in den vergangenen Jahren ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagiert. Sie fungieren als Lesepaten in Kitas und Schule, helfen bei der Bewältigung des Alltags und ebnen den Flüchtlingen dadurch den Weg in unsere Gesellschaft.

- Digitale Infrastruktur nutzen: Die Sprachkurse und darauf aufbauende Integrationsschritte können mit Hilfe digitaler Medien wesentlich besser und effektiver zusammengesetzt werden als bisher.

4. Bildung und Fachkräftemangel: Berufliche Bildung auch für Benachteiligte stärken!

Berufliche Bildung ist keine Bildung 2. Klasse! Der Industriestandort Deutschland, der seine Wettbewerbsfähigkeit durch bestens qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in Krisenzeiten immer wieder unter Beweis gestellt hat, muss angesichts der zunehmenden Globalisierungsherausforderungen weiter gestärkt werden. Das gilt insbesondere für Nordrhein-Westfalen, das nach wie vor mit großen Strukturproblemen zu kämpfen hat. In diesem Kontext beobachtet das Kolpingwerk in NRW mit großer Sorge, dass der dualen Berufsausbildung die Marginalisierung droht. Während 2015 220.000 Personen in NRW ein Studium aufgenommen haben, mündeten nur noch 117.000 junge Menschen in eine duale Berufsausbildung. Der dualen Berufsausbildung fehlt es nicht an Qualität, sondern an Image! Die Politik der Landesregierung muss eine Wertschätzung der dualen Ausbildung erkennen lassen!

Wir fordern:

- Akademische und berufliche Bildung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beide sind, sinnvoll ausgewogen, für die Innovationsfähigkeit

- eines Landes von enormer Bedeutung.
- Das Abitur ist nicht alles, schulische Standards dürfen nicht weiter verringert werden! Das Abitur muss auf ein Studium vorbereiten und deshalb an den späteren Anforderungen der Universität ausgerichtet sein. Das Kolpingwerk in NRW hält eine fortdauernde Erhöhung der Akademikerquote auf bis zu über 50% eines Jahrgangs ohnehin nicht für zielführend, da sie zu einer Marginalisierung der dualen Berufsausbildung einerseits und zu einer Entwertung der Hochschulabschlüsse andererseits führt.
- Menschen sind Individuen und bedürfen einer Förderung, die ihren jeweiligen Talenten und Kompetenzen entspricht! Gerade für den Bereich der beruflichen Bildung, insbesondere für die benachteiligten Jugendlichen, fordert das Kolpingwerk in NRW von der Landesregierung eine besondere Wertschätzung: die Maßnahmen im Bereich des Übergangssystems sind keine „Warteschleife“. Diese Terminologie wird weder den Anstrengungen der benachteiligten Jugendlichen gerecht, die im Übergangssystem aktiv einen wichtigen Teil ihres Lebens verbringen, noch den Bildungsträgern, welche die jungen Menschen während dieser Phase stabilisieren und weiterqualifizieren.
- Benachteiligte Jugendliche müssen Priorität genießen! 2015 waren alleine in NRW zwischenzeitlich 81.000 junge Menschen ohne Lehrstelle, weil häufig die Ausbildungsreife fehlte. Mit großem Bedauern stellt das Kolpingwerk in NRW fest, dass durch das neue Übergangssystem die Rolle der Bildungsträger marginalisiert und dafür die Berufsschulen in die Rolle der Arbeitsmarktdienstleister befördert wurden, ohne dass dort jedoch mehr Kompetenzen im Bereich der individuellen, praxisorientierten Förderung vorliegen!
- Schulmüde Jugendliche brauchen keine Schule! Jugendliche Schulverweigerer brauchen niedrigschwellige und flexible Maßnahmen, um wieder an die Bildungsinstitutionen oder den Arbeitsmarkt herangeführt zu werden. Dies muss eine Aufgabe der freien Träger sein, die jahrlange Erfahrung in der Arbeit mit der Zielgruppe aufweisen,

über multiprofessionale Teams verfügen und passgenau auf die Probleme und Sorgen der jungen Menschen reagieren können.

- Fairer Wettbewerb in der beruflichen Bildung! Wir fordern die Landesregierung auf, sich für fairen Wettbewerb einzusetzen! Die freien Träger stellen sich diesem Wettbewerb auch. Dies geht aber nur, wenn die Berufskollegs nicht weiterhin mit staatlich finanziertem Personal kostengünstige Angebote vorhalten können und damit ungleiche Marktbedingungen erzeugen.

5. Bildungsgerechtigkeit im Bildungswesen

Deutschland – und diese Diagnose gilt auch für NRW – ist immer noch ein Land der Ungleichheiten. Neben den signifikanten Einkommens- und Vermögensungleichheiten ist es auch um die Bildungsgerechtigkeit nicht gut bestellt: in kaum einem anderen europäischen Land ist der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen so stark von der sozialen Herkunft abhängig wie bei uns. Darum setzt sich das Kolpingwerk in NRW für mehr Bildungsgerechtigkeit ein und nimmt die Politik in die Pflicht:

- Erste Bildungsinstanz ist die Familie! Da hier das Bildungskapital sehr unterschiedlich verteilt ist, muss die Politik die Absatzwege der Familienbildung überdenken und sicherstellen, dass gerade bildungsferne Schichten mit den Angeboten erreicht werden. Andere Distributionswege erfordern aber auch eine flexiblere Förderung jenseits vom standardisierten Kursangebot im klassischen Seminarraummodus. Hier muss den Bildungsträgern deutlich mehr Flexibilität bei der förder- bzw. zuschussfähigen Gestaltung der Angebote zugestanden werden.
- Der Zugang zur öffentlichen Bildung muss verbessert werden! Es muss sichergestellt werden, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene alle Etappen der Bildungskette ohne Unterbrechung besuchen.
- Berufsberatungsangebote müssen ausgebaut werden! Viele junge Menschen verlassen die Schule ohne Vorstellungen darüber, welche berufliche Richtung sie einschlagen möchten. Hier begrüßt das Kolpingwerk in NRW die

flächendeckende Einführung der Potentialanalysen für alle Schulformen ab der 7. Klasse. Kritisch merken wir jedoch an, dass die Berufsfelderkundungen viel zu kurz sind und fordern deren zeitlichen Ausbau! Darüber hinaus muss eine auskömmliche Finanzierung für die Bildungsträger sichergestellt werden!

- Insgesamt muss das Feld der Berufsvorbereitung besser strukturiert werden. Das Kolpingwerk in NRW hat hier Defizite identifiziert, die dringend abgebaut werden müssen:
 - Die Qualifizierungsbausteine müssen durch eine einfachere Anrechnung auf das 1. Ausbildungsjahr deutlich aufgewertet werden. Dies ermöglicht eine Verkürzung der Ausbildungsdauer, steigert die Motivation der Teilnehmer und führt zu weniger Abbrüchen der Maßnahme.
 - Die Anschlussmöglichkeiten müssen insbesondere für schwächere Teilnehmer effektiviert werden, optimalerweise durch eine nahtlos folgende Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE).
 - Die Berufsvorbereitung ist mehr als nur Vermittlung von berufspraktischen Kenntnissen. Sie dient darüber hinaus auch der persönlichen Stabilisierung der Jugendlichen. Die praktische Arbeit zeigt, dass ein Entlassen der Jugendlichen nach dem dritten unentschuldigtem Fehlen aus der Maßnahme kontraproduktiv ist, da häufig bis zu diesem Zeitpunkt die pädagogischen Konzepte noch nicht greifen können. Hier fordern wir mehr Ermessensspielraum für die Träger!
- Das Bildungssystem muss insgesamt durchlässiger werden! Das gilt insbesondere für die „4. Säule“ des Bildungssystems, die Weiterbildung. Ältere Arbeitnehmer und Geringqualifizierte sind hier unterrepräsentiert, sodass diejenigen, die den größten Bedarf haben, den geringsten Nutzen aus den öffentlichen Mitteln beziehen.

POSITIONEN FREIRÄUME UND BILDUNG



Wir treten für eine ehrenamtsfreundliche Bildungsgestaltung in NRW ein, bei der ehrenamtlich Aktive strukturell unterstützt werden und ihre Arbeit als Leistung anerkannt und honoriert wird.



Liebe Wählerinnen und Wähler, Kolpingschwestern, Kolpingbrüder und politisch Interessierte,

unser Positionspapier „Freiräume und Bildung“ ist das Ergebnis der gemeinsamen Vorbereitung auf die Landtagswahlen von Kolpingwerk und Kolpingjugend. Unser Kernanliegen ist die Gestaltung einer ehrenamtsfreundlichen Bildungslandschaft. Die Vereinbarkeit und die Honorierung von ehrenamtlicher Betätigung in Bildungsprozessen ist ein vielfach geäußertes Anliegen von jungen Menschen in unserem Verband und darüber hinaus.

In der Auseinandersetzung mit dem Thema Freiräume stoßen wir regelmäßig auf eine große Betroffenheit. Egal ob SchülerInnen, Studierende oder Auszubildende, Jede und Jeder braucht Freiräume auf die jeweils eigene Weise. Diese unterschiedlichen Bedürfnisse sind leitend bei der Entwicklung unserer Positionen.

Unsere Positionen beruhen vor allem auf Erfahrungswerten und zahlreichen Rückmeldungen unserer Mitglieder sowie Expertisen von Verantwortlichen in dem jeweiligen Bildungsbereich, die wir auf einem Studientag gesammelt haben. Inspiriert wurden wir vom Bündnis für Freiräume des Landesjugendrings NRW, dessen wir uns als Kolpingjugend NRW im vergangenen Jahr angeschlossen haben und unterstützen.

Auch im Namen der Kolpingjugend NRW wünschen wir viel Spaß beim Lesen, diskutieren und in der Auseinandersetzung mit den politisch Verantwortlichen bei Ihnen und Euch vor Ort. Über Rückmeldungen und Erfahrungswerte freuen wir uns jederzeit.

Viele Grüße und Treu Kolping,

Paul Schroeter
Vertreter der Kolpingjugend NRW

DAZU FORDERN WIR VON VERANTWORTLICHEN DER SCHULPOLITIK:

Freiräume in der Schule für SchülerInnen offenzuhalten. Dafür braucht es ...

- eine Obergrenze von 35 Stunden pro Woche, um für die Schule zu lernen, inkl. der Hausaufgaben- und Nachhilfezeit.
- den freien Freitagnachmittag und zusätzlich einen weiteren gemeinsamen regionalen freien Nachmittag.

Eine AG „Soziale Verantwortung und zivilgesellschaftliches Engagement“ als Empfehlung an Schulen auszusprechen. Diese AG, die z. B. jahrgangsübergreifend arbeiten kann, widmet sich der Aufgabe von Schule, SchülerInnen zu befähigen, sich an und in Gesellschaft zu beteiligen. Inhalte dieser AG können sein, aktive Jugendliche zu begleiten, projektorientiert verschiedene Felder gesellschaftlichen Engagements zu zeigen und in diesen Feldern projektorientiert zu arbeiten sowie die Bedeutung von ehrenamtlichen Engagement theoretisch aufzuarbeiten. Sowie die Vermittlung der Bedeutung eh-

renamtlicher Gremien zur Mitwirkung in unseren Sozialsystemen.

Kleinere Klassen und individuelle Lehrpläne der SchülerInnen an Schulen zu fördern, um Stress zu verringern und die Persönlichkeitsentfaltung der SchülerInnen zu fördern. SchülerInnen der Oberstufe soll mehr Eigenverantwortung z. B. bei der Bearbeitung von Hausaufgaben zugestanden werden.

Ein schlüssiges und einheitliches Ganztagskonzept zu entwickeln, das Rahmenbedingungen für eine gelungene Kooperation von Jugendverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Ganztagschulen berücksichtigt.

- Dieses Konzept soll die Bedürfnisse von zivilgesellschaftlichem Engagement im Blick behalten und
- SchülerInnen sollen die Möglichkeit erhalten sich für ein gewisses Stundenkontingent von der Zeit in der Ganztagschule freustellen zu lassen, um

zivilgesellschaftlichen Aktivitäten nachzugehen. KoordinatorInnen der Ganztagschule fungieren dabei als EhrenamtsnetzwerkerInnen.

DAZU FORDERN WIR VON VERANTWORTLICHEN DER HOCHSCHULPOLITIK:

Studierende, die ehrenamtlich Verantwortung tragen zu unterstützen, indem sie für ihre Aktivitäten länger Bafög beziehen können. Dies ist bei Studierenden, die in der Hochschulpolitik aktiv sind, bereits möglich. Hierfür braucht es eine Einbindung ehrenamtlichen Engagements in die BAföG-Förderrichtlinien sowie einen Kriterienkatalog zur Anerkennung von Ehrenamtlichkeit.

Die vorlesungsfreie Zeit mit den Sommerferien zu verbinden, sodass engagierte Studierende Ferienfreizeiten problemlos begleiten können.

Prüfungstermine langfristig zu Beginn eines jeden Semesters festzulegen und zu veröffentlichen.

Vor dem ersten Semester ein **freiwilliges Freiraum-Semester einzuführen**. Dieses Freiraumsemester soll ...

- für alle Studierende vor dem ersten Semester angeboten werden.
- Ein Semester lang können Studierende

verschiedene Veranstaltungen unterschiedlicher Fachbereiche belegen und so verschiedene Studiengänge kennenlernen. Studierende, die sich ihres Studiengangs sicher sind, können bereits erste Prüfungen ablegen und sich diese für ihren regulären Studienverlauf anrechnen lassen.

DAZU FORDERN WIR VON VERANTWORTLICHEN DER JUGEND- UND FINANZPOLITIK:

Den Kinder- und Jugendförderplan (KJP) des Landes NRW aufzustocken, indem mindestens der Inflationsausgleich eingeführt wird. Für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen sind das non-formale und informelle Lernen von größerer Bedeutung als die formale Bildung, dennoch erhalten Träger und Einrichtungen dieser Lernformen nur einen Bruchteil der Gelder gegenüber formalen Bildungsinstitutionen.

Nicht nur Projekte, sondern auch Strukturen wie Personal und Einrichtungen zu fördern. Kinder und Jugendliche engagieren sich zunehmend projektorientierter und zeitlich-befristeter, dennoch braucht es Rahmenbedingungen und Strukturen, wie Einrichtungen und Personal, durch das auch langfristig Jugendarbeit gesichert werden kann. Frei von konkreten Themen muss Raum für neue Projekte

und Initiativen von Jugendlichen offen sein.

Bürokratische Hürden in der Antragsstellung abzubauen. Der Kinder- und Jugendförderplan (KJP) sollte ebenfalls in leichter Sprache formuliert werden, so dass er verständlicher zugänglich ist.

DAZU FORDERN WIR VON VERANTWORTLICHE POLITIKERINNEN IM BEREICH BERUFLICHE BILDUNG:

Kontrollen zum Schutz von Auszubildenden durchzusetzen. Es gibt bestehende Gesetze, die zum Beispiel die Arbeitszeiten regeln, die gerade junge Auszubildende schützen sollen. Leider werden diese zu oft nicht eingehalten. Durch regelmäßige Kontrollen kann dies verhindert werden.

Eine gute schulische Ausbildung zu gestalten. Dies gelingt vor allem durch einen Lehrplan, der stetig überarbeitet wird und auf die spezifischen Berufe abgestimmt wird. Außerdem ist unerlässlich, dass die Lehrkräfte in der Berufsschule didaktisch geschult sind, um die Berufsschulzeit effizient zu nutzen und die Freizeit frei zu halten.

Fortbildungen in der ehrenamtlichen Tätigkeit für äquivalente Kurse in der Ausbildung anzuerkennen. Viele Ehrenamtliche lassen sich für ihre Tätigkeiten schulen. Diese Schulungen sollten dort anerkannt werden können, wo in der Ausbildung ähnliche Inhalte vermittelt werden.

Sonderurlaub nicht nur als theoretische sondern auch als praktische Möglichkeit zu stärken. Durch die Möglichkeit des Sonderurlaubs wird es Auszubildenden ermöglicht, sich auch als Begleitung von Ferienfreizeiten zu engagieren. Leider wird diese Möglichkeit oft nicht anerkannt und sollte mehr kommuniziert und gefördert werden.

Kolpingjugend Nordrhein-Westfalen

In der Kolpingjugend Nordrhein-Westfalen engagieren sich rund 15.000 Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene, im Alter von 0 bis 29 Jahren. Sie sind in mehreren hundert Kolpingsfamilien und den fünf Diözesanverbänden Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn organisiert. Die Kolpingjugend NRW stellt das Bindeglied zwischen den Diözesanverbänden und der Kolpingjugend Deutschland dar und übernimmt die Vertretung der Kolpingjugend im BDKJ NRW sowie zur Landespolitik. Mit thematischen Schwerpunkten und politische Aktionen setzt sich die Kolpingjugend NRW für ihre Mitglieder ein.

Kolpingjugend Nordrhein-Westfalen
Am Busdorf 7, 33098 Paderborn
info@kolpingjugend-nrw.de, www.kolpingjugend-nrw.de

Impressum

Positionen zur Landtagswahl 2017

Herausgeber

Kolpingwerk Landesverband NRW e. V.

Landesgeschäftsstelle

Am Busdorf 7

33098 Paderborn

Titelbild:

© goodluz – Fotolia.com

Gesamtherstellung:

Mues+Schrewe GmbH | www.mues-schrewe.de

